

**Ronald Schminke MdL**

**Greifbare Chancen zur Eindämmung prekärer  
Beschäftigungsverhältnisse nutzen!**

Herr Präsident,

verehrte Kolleginnen und Kollegen,

in Deutschland ist ein gesetzlicher Mindestlohn nicht mehr aufzuhalten, bei CDU und FDP herrscht nach der 180 Grad Wende der Kanzlerin totales Chaos und auch das enorme Medienecho zeigt, das die Befürworter eines gesetzlichen Mindestlohnes stündlich mehr werden, meine Damen und Herren.

Eine Pressemeldung jagt die andere, Befürworter und Gegner eines gesetzlichen Mindestlohns erklären, korrigieren und dementieren im Halbstundentakt, aber besonders auffällig sind die vielen Wortakrobaten der CDU mit immer neuen Formulierungen und Umschreibungen der so gefürchteten Worte: gesetzlicher Mindestlohn. uuuahhh

Herr Mac Allister will keinen rein gesetzlichen Mindestlohn, sondern einen marktwirtschaftlich festgelegten Lohn durch die Tarifpartner.

Seinem Justizminister Busemann, der den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8.50 € mit einem christlich – sozialen Profil begründet, erteilt Mac Allister sogar öffentlich einen schweren Rüffel, dabei hat dieser nur das ausgesprochen, was Millionen Menschen in Deutschland ohnehin empfinden.

Ursel von der Leyen möchte auch lieber einen echten Mindestlohn, darum fordert sie ein Gesetz zur Einführung einer Lohnuntergrenze! Sie bemerken die sprachliche Akrobatik, meine Damen und Herren, aber auch wenn die Union von Lohnuntergrenzen spricht, meint sie in Wirklichkeit nichts anderes als das, was wir Sozialdemokraten schon seit Jahren fordern und das ist der flächendeckende Mindestlohn, meine Damen und Herren.

Der Mindestlohn wird unser Erfolg sein, weil wir Sie seit Jahren mit der Forderung quälen, meine Damen und Herren von CDU und FDP.

Ja, meine Damen und Herren der Christenfraktion, Sie dürfen sich auf einen spannenden Parteitag freuen, denn da werden die Fetzen fliegen. Ihre menschenverachtende Politik mit Hungerlöhnen für anständige Arbeit ist am Ende und Ihnen fliegt nun ihre eigene Politik um die Ohren, meine Damen und Herren!

Wir fordern gleiche Mindestlöhne in Ost und West und natürlich achten wir auch die Tarifautonomie, denn die Tarifpartner dürfen gerne bessere Branchenmindestlöhne aushandeln, daran werden sie nicht gehindert.

Und weil Sie das Volk mit Ihren sprachlichen Verwirrspielen und dem scheinheiligen Verweis auf die angeblich gefährdete Tarifautonomie kirre machen wollen, gebe ich einmal ein gut verständliches Beispiel, denn beim Urlaubsanspruch haben wir eine ähnliche Situation.

Nach dem Bundesurlaubsgesetz hat jeder Arbeitnehmer einen Anspruch auf 24 Werktage Jahresurlaub. Das Gesetz gilt für alle Arbeitnehmer in Deutschland, egal wo und in welcher Branche er beschäftigt ist, er hat

minnimumm 24 Werkstage Urlaub. Das ist der unterste gesetzliche Anspruch, der Mindestanspruch, den jeder hat.

Nun gibt es aber in den Branchen viele Tarifverträge, in denen durch die Tarifpartner 30 Urlaubstage oder sogar mehr vereinbart worden sind. Und deshalb gilt hier der Grundsatz: Spezielles Recht verdrängt allgemeines Recht, oder anders formuliert, der Tarifvertrag gilt, weil er nach dem Günstigkeitsprinzip eine bessere Leistung beinhaltet, ergo hat der Arbeitnehmer Anspruch auf die 30 Tage Urlaub.

Der gesetzliche Anspruch ist also überhaupt nicht hinderlich, die Tarifautonomie wird nicht beeinträchtigt und exakt nach diesem Modell werden wir in Deutschland auch einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn verankern, damit wir uns verstehen, verehrte Kolleginnen und Kollegen der Nachregierungscoalition.

Meine Damen und Herren,

die cleveren Leute in der CDU, wie z. B. der sogenannte Mindestlohn – Flüsterer Karl – Josef Laumann haben längst geblickt, dass regionale und nach Branchen differenzierte Mindestlöhne nichts mit einer allgemeinen Lohnuntergrenze zu tun haben. Das wäre Kuddel – Muddel und das hilft auch den 1,2 Mio. Menschen nicht, die derzeit für weniger als 5 € in Deutschland arbeiten. Darum fordert der CDA Vorsitzende Laumann auch das, was wir Sozialdemokraten schon seit Jahren verlangen, nämlich den gesetzlichen Mindestlohn für ganz Deutschland.

Und nun zur FDP, auch bei Ihnen gibt es einen vielstimmigen Chor, denn auch in der FDP sind inzwischen einige Leute wach geworden.

Der FDP Obmann im Arbeitsausschuss des Bundestages Pascal Kober will, dass die FDP endlich aus der Defensive kommt und die Festsetzung eines Mindestlohnes fordert. Auch Entwicklungsminister Niebel und Schleswig Holsteins Wirtschaftsminister Heiner Garg sehen Verwerfungen am Arbeitsmarkt, denen man nur mit einem Mindestlohn wirksam begegnen kann. Immerhin, es gibt also Hoffnung, selbst bei der FDP melden sich erste Kritiker offen zu Wort. Bei

den Fraktionschefs der FDP, bei Rainer Brüderle und Christian Dürr ist jedoch Hopfen und Malz verloren, denn die pochen knallhart auf den Koalitionsvertrag und der sieht bekanntlich keinen Mindestlohn vor, sondern eine Politik die Dumpinglöhne und Bittstellertum in Deutschland erst gefördert hat.

Meine Damen und Herren,  
ein Geschäftsmodell, dass darauf beruht, dass ein Arbeitgeber einen Minimallohn zahlt und der Rest vom Staat aufgestockt wird, kann ich nicht akzeptieren! ----- sagt Ursel von der Leyen und wo sie recht hat, da hat sie recht!

Ich möchte noch auf die Aktion Gleiches Geld für Gleiche Arbeit hinweisen, denn auch Norbert Blüm, (ist der noch in der CDU?) fordert den gesetzlichen Mindestlohn, wie auch der Talkshow Spezialist Heiner Geißler.

Geißler kennt übrigens nur 4 Leute in der CDU, die gegen den Mindestlohn sind, ich dachte er kennt deutlich mehr Leute, wo er doch soviel

rumkommt und ständig als soziales Gewissen der CDU in allen Talk – Shows auftritt.

Meine Damen und Herren,  
und wenn eine Friseurmeisterin bei Anne Will in der Talkshow den Tariflohn von 3,12 € verteidigt und die Trinkgelder als Lohnbestandteil verstehen will, dann steigert dieser Beitrag die Wut der Menschen im Lande, weil das eine Unverschämtheit ist und solche Leute im Deutschen Fernsehen keine Bühne bekommen dürfen.

Gute Beispiele sind gefragt, Arbeitgeber, die ihre Beschäftigten anständig bezahlen gehören auf die Couch in den Talkshows. Ein unaukkömmlicher Niedriglohn ist ein Anschlag auf die Würde der Menschen, darum muss Schluss sein mit dem Unterbietungswettbewerb auf Kosten der Beschäftigten. Sie haben mit Ihrer Politik Belegschaften gespalten und Sie haben den Arbeitsmarkt in Unordnung gebracht.

Wir brauchen aber Regeln, Fairness und Ordnung, um die Fehlentwicklungen Ihrer Klientelpolitik zu beseitigen. Eine Regel ist : equal pay. Wir wollen gleiches Geld für gleiche Arbeit

am gleichen Ort und auch diese sinnvolle Regel werden wir umsetzen, meine Damen und Herren.

Die Arbeitsmarktpolitik von CDU und FDP ist gescheitert, anders kann man das vielstimmige Konzert mit ihren sprachlichen Verrenkungen gar nicht verstehen.

Meine Damen und Herren,  
gemessen an der Vielstimmigkeit von CDU und FDP sind die Berliner Philharmoniker eine schlechtbesetzte Hinterhofkapelle!

Sie haben das doch alles gar nicht mehr im Griff und die Menschen spüren Ihre Hilflosigkeit in Sachen Mindestlohn sehr genau.

Sie sollten Ihren Gefühlen einmal freien Lauf lassen und unserem Antrag zustimmen und besser selbst gar nichts mehr sagen, denn egal, was Sie auch in der Sache erklären, es wird bei dem Medienecho peinlich für Sie werden. Der Oberhammer ist aber die Behauptung, die CDU sei die Partei des Mindestlohns. Diese Behauptung hat ebenso viel Wahrheitsgehalt, wie Ihre Behauptung nach Fukushima, die CDU sei die Anti Atomkraft Partei.

Bei der letzten Kommunalwahl haben Ihnen die Leute in Niedersachsen die erste Quittung für diese Volksverdummung gegeben.

Bei der nächsten Landtagswahl werden Sie für Ihre Arbeitsmarktpolitik abgestraft. Rien never plus – nichts geht mehr, Sie haben keine Kraft mehr die Dinge in den Griff zu bekommen, Sie sind am Ende und die betroffenen Menschen Ihrer Niedriglohnpolitik werden auch später noch von Ihrer Politik träumen—aber es werden Alpträume sein, weil dann auch die Rente nicht zum Leben reicht.

Arm trotz Arbeit, das ist ein Markenzeichen Ihrer Politik, darum müssen Sie aus Ihrer politischen Verantwortung abgelöst werden.

In diesem Sinne, gehen wir es an, Genossinnen und Genossen!